

Die Anfänge der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschung und -beratung

Doris Knoblauch, Linda Mederake



©iStockfoto/Pidjoe

Kurzzusammenfassung

Die Umweltpolitik wurde – so die gängige Meinung – 1969 in Deutschland eingeführt. Die zunehmende Beschäftigung der Politik mit diesem komplexen Themenfeld zog einen Bedarf an wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen über dieses Themenfeld nach sich. Neben der universitären Forschung und der staatlichen finanzierten, außeruniversitären Forschung entstand in diesem Zuge eine dritte Art umweltpolitischer Forschung, nämlich die in nicht-staatlichen Instituten.

In diesem Diskussionspapier wird untersucht, wie es zur Gründung der ersten nicht-staatlichen Instituten im Bereich der Umweltpolitik kam, welche Rolle Umweltpolitikforschung und -beratung in diesem Gefüge spielen und welche Faktoren welchen Einfluss auf die Gründung und Entwicklung der nicht-staatlichen Institute hatte. Dabei zeigt sich, dass der nicht-staatlichen, wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung erst in der zweiten, defensiven Phase der Umweltpolitik ab Mitte der 1970er Jahre eine entscheidende Rolle zukam. Mit wissenschaftlich-fundierten, kritischen Gutachten wurde die Politik unter Druck gesetzt, das umweltpolitische Engagement nicht abzuschwächen.

Dieses Papier ist im Rahmen des Projektes „Vom blauen Himmel über der Ruhr bis zur Energiewende“ (<http://geschichte-umweltpolitikberatung.org/>) entstanden, welches durch das Ecologic Institut mit Unterstützung des Ecornet durchgeführt und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde.

Abkürzungsverzeichnis

AGU	–	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen
AKW	–	Atomkraftwerk
ARGUS	–	Arbeitsgruppe zur Realistischen Gesamtanalyse des Umweltschutzes
BMI	–	Bundesinnenministerium
BMU	–	Bundesumweltministerium
BUND	–	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
DDR	–	Deutsche Demokratische Republik
EU	–	Europäische Union
FDP	–	Freie Demokratische Partei
IEUP	–	Institut für Europäische Umweltpolitik
IFEU	–	Institut für Energie- und Umweltforschung
IPA	–	Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße
IIUG	–	Das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft
SRU	–	Sachverständigenrat für Umweltfragen
UBA	–	Umweltbundesamt
UN	–	United Nations, Vereinigte Nationen
WZB	–	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

1. EINLEITUNG

Im Allgemeinen gilt das Jahr 1969 als Geburtsstunde der Umweltpolitik in Deutschland. Nach dem Regierungswechsel verlegte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt die Aufgabenbereiche Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung in das durch Hans-Dietrich Genscher geführte Bundesinnenministerium (BMI) und schuf damit die Grundlage der modernen Umweltpolitik (Müller 1986, 51, 56). Obwohl wichtige Impulse für diese Entwicklung der Umweltpolitik von außen kamen – etwa durch die US-amerikanische Umweltpolitik oder die UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 (vgl. u.a. Duwe und Mederake 2014, Jänicke, Interview 29.05.13; Müller, Interview 12.05.14; Weidner, Interview 04.12.13) – handelte es sich bei der Einführung des neuen Politikfelds doch um einen „weitgehend von externen Faktoren unbeeinflussten autonomen politisch-administrativen Prozeß“ (Müller 1986, 95).

Das junge Politikfeld wurde von Regierungsseite schnell institutionell und wissenschaftlich unterfüttert. Bereits 1971 wurde der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) von der Bundesregierung eingesetzt. Dessen Gründung werten viele Zeitzeug/inn/en als Beginn der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung in Deutschland (vgl. z.B. Reh binder, Interview 05.03.14; Schulz-Baldes, Interview 12.05.14). 1974 folgte die Gründung des Umweltbundesamtes, welches im Laufe der 1970er Jahre ein eigenständiges Gewicht in der Umweltpolitik entwickelte (Müller 1986, 70).

Ab 1973/74, mit Beginn der ersten Ölkrise, flaute das Engagement der sozial-liberalen Regierung, inzwischen unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, ab. Daraufhin bildete sich zivilgesellschaftlicher Widerstand, insbesondere in Form von Bürgerinitiativen, um die umweltpolitischen Ziele einzufordern, die die Bundesregierung unter Brandt zuvor verkündet hatte (Jänicke, Interview 29.05.13). Hinzu kam, dass die Atomkraft von Teilen der deutschen Zivilgesellschaft immer kritischer gesehen wurde. Aus dem Konflikt um das Atomkraftwerk Wyhl ging schließlich im Herbst 1977 das Öko-Institut in Freiburg hervor, einige Monate später folgte das Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) in Heidelberg.

Der vorliegenden Artikel, welcher im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende“ zur Geschichte der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland entstanden ist, richtet seinen Blick auf die Anfänge der modernen Umweltpolitik in Deutschland sowie der staatlichen und alternativen, unabhängigen Umweltpolitikforschung und -beratung¹. Vor diesem

Projekthintergrund

Dieses Papier entstand im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“, Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“ (kurz: das Projekt), welches von Dezember 2012 bis August 2014 durch das Ecologic Institut durchgeführt wurde.

Obgleich Umweltpolitik eines der wichtigsten Politikfelder in Deutschland ist, gibt es bisher wenig Wissen um die Anfänge und Bedeutung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland. Welche Rolle hat die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung für die Umweltpolitik gespielt? Handelte es sich bei der deutschen Umweltpolitik um eine Entwicklung von oben nach unten oder umgekehrt? Welche Faktoren führten zur Entstehung der einzelnen umweltpolitischen Forschungsinstitute? Welche Rolle spielte die Zivilgesellschaft? Was sind die größten Unterschiede in der ost- und westdeutschen Entwicklung in diesem Bereich und wirken Sie heute noch nach? Das Projekt zielte darauf ab, diese und andere Fragen zu beleuchten und neues Geschichtswissen zu diesen Zusammenhängen zu schaffen.

¹ Als alternative, unabhängige Umweltpolitikforschung und -beratung gelten in diesem Artikel Umweltforschungsinstitute, die (in der Regel) keine Grundfinanzierung vom Staat erhalten, nicht an einer Universität verortet sind und nicht von der Industrie abhängig sind (vgl. auch Höpfner, Interview 29.05.13).

Hintergrund untersucht der Artikel folgende Fragestellungen: Handelte es sich bei der deutschen Umweltpolitik eindeutig um eine Entwicklung von oben nach unten? Welche Rolle spielte die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung für die Anfänge der Umweltpolitik? Welche Faktoren führten in den 1970ern zur Entstehung der ersten außeruniversitären, nicht-staatlichen, umweltpolitischen Forschungsinstitutionen?

Zur Beantwortung der Fragen bedient sich der Artikel einer Reihe von Interviews mit Zeitzeug/inn/en, die in relevanten Institutionen gearbeitet haben; außerdem liegt der Analyse eine Literaturrecherche zugrunde. Nach einem Abschnitt zur Methodik des Projekts, der „Oral History“, geht der Artikel zunächst auf erste umweltpolitische Ansätze in den 1950er und 1960er Jahren ein. Im Anschluss wird die Entwicklung, die Institutionalisierung und Profilierung des neuen Politikfelds Umweltpolitik erläutert. Dabei lassen sich für das erste Jahrzehnt der Umweltpolitik drei Phasen unterscheiden (Malunat 1994; Müller 1986, 45):

- 1969–1974: Phase offensiver „autonomer“ Umweltpolitik
- 1974–1978: Phase defensiver Umweltpolitik
- 1978–1982: Erholungsphase

Schließlich analysiert der Artikel die Entstehung staatlicher und nicht-staatlicher Umweltpolitikforschung und -beratung, bevor die Ergebnisse mit Blick auf die Fragestellungen zusammengefasst werden.

2. METHODIK

Im Rahmen des Projekts wurden insgesamt 20 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zur Entstehung und Entwicklung der Umweltpolitikforschung und -beratung interviewt. Die Interviews wurden unter Anwendung der „Oral History“-Methode geführt. Mit der Oral History Methode sammeln Wissenschaftler/innen Erinnerungen und Kommentare geschichtlicher Relevanz. Die Methode wird mittels strukturierter Interviews durchgeführt, die als Video oder in Tonformaten aufgezeichnet und transkribiert werden (Ritchie 2003). In diesem Projekt wurden 19 der Interviews gefilmt, ein Interview wurde telefonisch durchgeführt und aufgezeichnet. Alle Interviews wurden unter Nutzung eines einfachen Transkriptionssystems verschriftlicht. Das Genre dieses Oral History Projekts war eine Mischform aus Themen- und Lebensgeschichte (zur Einordnung siehe: Larson 2006). Aufgrund des Spezifikums der Thematik wurden ausschließlich Expertinnen und Experten interviewt. Die eingeladenen Zeitzeugen waren vornehmlich Gründer nicht-staatlicher Umweltforschungs- und beratungsinstitute, da diesen Instituten das Hauptinteresse des Projekts zukam. Um die Entwicklung der deutschen Forschungs- und Beratungsinstitute im Umweltbereich einordnen zu können, wurden jedoch auch staatliche Beratungsinstitute und die staatlichen Auftraggeber in das Projekt einbezogen. Es wurden daher zusätzlich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltfragen (WBGU), des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), des Umweltbundesamts (UBA) und verschiedener Bundesministerien interviewt. Die Auswahl der Zeitzeug/inn/en „von verschiedenen Seiten“ sollte zudem der häufig kritisierten inhärenten Schwäche von Zeitzeugeninterviews – der inakkuraten oder falschen Erinnerung und Subjektivität – entgegenwirken (Ritchie 2003; Shopes 2002).

Die Auswahl der Interviewerinnen und Interviewer wurde ebenfalls bewusst durchgeführt: Themenorientierte Oral History Projekte profitieren meist von Interviewern mit großem Fachwissen, gleichzeitig wird die Neutralität solcher Interviewer bezweifelt (Larson 2006). Um diese Spannung zu lösen, wurden alle Interviews durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durchgeführt, die heute im Bereich der Umweltpolitikforschung und -beratung tätig sind und die Landschaft entsprechend gut kennen. Allerdings gehörten alle Interviewer/innen einer jüngeren Generation als die Zeitzeug/inn/en an, was die notwendige Distanz ermöglichen sollte.

Die Interviews wurden unter Nutzung eines halbstandardisierten Fragebogens durchgeführt, der an den jeweiligen Zeitzeugen angepasst wurde. Der Fragebogen enthielt folgende Fragenkomplexe: Beschreibung der Entstehungsgeschichte der deutschen Umweltpolitik; Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung; Gründungsgeschichte des jeweiligen Instituts des Befragten; Beziehung der Institute zum etablierten Wissenschaftssystem und untereinander; sowie Entwicklungsphasen der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit entsprechendem Karriere- und Lebenshintergrund wurden zudem über die Rolle der EU für die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung und die Entwicklung der Umweltforschung und Umweltbewegung in der DDR befragt. Diese Themenkomplexe wurden in Fragekomplexen zusammengefasst, die jedoch nicht schematisch, sondern dem Gesprächsverlauf angepasst, erfragt wurden. Neben diesem Hauptgerüst wurde für die Zeitzeug/inn/en, die in staatlichen Beratungsinstituten oder im für staatliche Behörden tätig waren (oder noch sind), ein zweiter Fragebogen entwickelt. Dieser Interviewbogen lehnte sich in Logik und Struktur stark an den Hauptfragebogen an, betonte jedoch die Entwicklung auf staatlicher Seite sowie die Sicht auf die bzw. Wahrnehmung der Behörden der nicht-staatlichen Institute.

3. ERSTE UMWELTPOLITISCHE ANSÄTZE IN DER BUNDESREPUBLIK

Politisches Handeln gab es in verschiedenen Bereichen des heutigen Umweltschutzes bereits vor 1969. Klaus-Georg Wey beschreibt schon für das 19. Jahrhundert und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts vereinzelte Initiativen, die sich auf die Reinhaltung von Wasser und Luft, Lärmschutz sowie den Schutz von Natur und Landschaft konzentrierten (Wey 1982, 27ff). Auch nach dem zweiten Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik blieben Impulse für Umweltschutzmaßnahmen die Ausnahme und kamen in der Regel nur „wenn Probleme zu genügend großen Widersprüchen geführt hatten“ (Wey 1982, 153). Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich im Wesentlichen nicht an den Diskussionen, die sich insbesondere mit Wasser- und Luftreinhaltefragen beschäftigten.

Durch das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 1950er und in den 1960er Jahren nahmen die Umweltbelastungen jedoch sehr stark zu. So erinnert sich z.B. Prof. em. Dr. Eckard Rehbinder, Umweltrechtler daran, dass man auf einmal nicht mehr in den Flüssen schwimmen konnte und überall Abfälle in der Landschaft herumlagen (Rehbinder, Interview 05.03.14). Deshalb wurde auch schon vor 1969 – allerdings nur punktuell – versucht, Umweltregelungen zu verabschieden. Bereits 1952 gründete sich die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaftsweise (IPA), ein überparteilicher Zusammenschluss von Länder- und Bundeparlamentariern und -parlamentarierinnen, die in den 1950er und 1960er Jahren für die einzigen nennenswerten politischen Impulse im Umweltschutz verantwortlich war. So legte die IPA 1958 z.B. einen Gesetzesentwurf vor, der nach seinem Beschluss durch Änderungen der Gewerbeordnung und des Bundesgesetzbuchs die wesentlichsten Veränderungen des Luftreinhalterechts seit 60 Jahren mit sich brachte (Müller 1986, 54; Schreurs 2002, 49f; Wey 1982, 184ff.; vgl. auch Rehbinder, Interview 05.03.14). Die Beschäftigung mit Umweltfragen ergab sich jedoch in den meisten Fällen aus konkreten Problemlagen und das Engagement einzelner Politiker/innen war für die Parteien insgesamt nicht repräsentativ. Darüber hinaus wurden die verschiedenen Problembereiche nicht als Teil einer Gesamtproblematik erkannt (Wey 1982, 156; vgl. auch Müller, Interview 12.05.14).

Im Wahlkampf 1961 prägte Willy Brandt dann den Ausspruch „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden“ (Kreibich, Interview 07.11.13; Schreurs 2002, 51; Wey 1982, 187). Wie nötig dies war zeigen die Erinnerungen von Zeitzeuge Prof. Dr. Rolf Kreibich, Physiker und Zukunftsforscher: „Es war ja wirklich so, wenn Sie nach Bottrop fahren oder nach Herne oder nach Wanne-Eickel oder Castrop-Rauxel und Sie haben früher ein sauberes Hemd angezogen, abends war es wirklich schwarz. Das ist kein Witz, sondern das ist ganz ernsthaft so gewesen. Es dampfte aus allen Schornsteinen und zwar schwarz, gelb, grün und alles Mögliche und die Menschen konnten kaum noch atmen“ (Kreibich, Interview 07.11.13). Dennoch konnte sich die Forderung Brandts zu diesem Zeitpunkt noch nicht bundespolitisch durchsetzen. Anders

sah es jedoch in Nordrhein-Westfalen aus: Dort wurde bereits 1962 auf Grund des höheren Problemdrucks das erste Landesimmissionsschutzgesetz entwickelt, das bald darauf Vorbild für Maßnahmen anderer Bundesländer wurde. Neu war, dass der Entwurf nicht nur Rauch und Gase, sondern alle Immissionen von Luft erfasste, also auch Lärm, Erschütterungen etc. (Schreurs 2002, 51f; Wey 1982, 187ff).

1969 ist deshalb nicht die Stunde null der Umweltpolitik. Die Besonderheit ist vielmehr, dass man Umweltschutz als ein neues, einheitliches Politikfeld entdeckte und als drängendes Problem. Zeitzeuge Prof. em. Dr. Eckard Rehbinder drückt es folgendermaßen aus: „Es ging nicht um Umwelt, sondern es ging um Luft, ging um Wasser, ging um Abfall und diese einheitliche Problemsicht, die ist das Neue, sagen wir mal, dessen, was die meisten als die Geburtsstunde der Umweltpolitik in Deutschland bezeichnen“ (Rehbinder, Interview 05.03.14; vgl. auch Müller 2009, 71).

4. UMWELTPOLITIK WIRD ZUM EIGENSTÄNDIGEN POLITIKFELD

Der Umweltschutz hat nach Aussage unserer Zeitzeug/inn/en im Wahlkampf 1969 keine große Rolle gespielt (Jänicke, Interview 29.05.13; Müller, Interview 29.05.13) und auch die Formulierungen der Regierungserklärung Willy Brandts „dem Schutz der Natur, von Erholungsgebieten, auch dem Schutz der Tiere“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken, ließ die Bedeutung des neuen Politikfelds noch nicht spürbar werden (Müller 1986, 55; Wey 1982, 247). Ende der 1960er Jahre gab es in Deutschland auch noch keine organisierten zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für umweltpolitische Belange einsetzten und so Druck auf die Regierung ausübten (Jänicke und Weidner 1997, 136; Müller 1986, 53).

Die programmatische und institutionelle Ausgestaltung der Umweltpolitik wurde stattdessen fast ausschließlich den Expert/inn/en in der Ministerialverwaltung, vielfach Jurist/inn/en, überlassen und unterstützend vom Bundeskanzleramt begleitet (Forstner u. a. 2014, 18; Jänicke, Interview 29.05.13; Müller 1986, 95; Interview 12.05.14). Das Interesse des Innenministers Hans-Dietrich Genscher an der Umweltpolitik wird häufig damit erklärt, dass er nach einem positiven Thema suchte, mit dem er sich und die FDP in der neuen Regierung profilieren konnte (Forstner u. a. 2014, 17; Malunat 1994, 4; Wey 1982, 201). Dies war besonders entscheidend, da sich die klassischen Aufgaben eines Innenministers wie die Verwaltung, die innere Sicherheit oder die Polizei in der Zeit nach 1968 wenig dazu eigneten, in der Bevölkerung auf große Zustimmung oder Beliebtheit zu stoßen (Forstner u. a. 2014, 17). Die Hoffnung auf eine positive Wirkung des Themas scheint sich erfüllt zu haben: In den frühen 1970er Jahren wurde das neue Thema in Medien und Bevölkerung schnell aufgegriffen und die Umweltpolitik wurde von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen (Müller 2009, 72, 79; Sachverständigenrat für Umweltfragen 1978, 440, 443ff).

Grundlage für die Gestaltung des neuen Politikbereichs wurde ein Organisationserlass vom November 1969, der die Abteilung III des Gesundheitsministeriums „Wasserwirtschaft, Reinhaltung der Luft, Lärmbekämpfung“ in das Innenministerium verlagerte. Anders, als vom Bundeskanzler geplant, gelang es zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht, die Kompetenzen für Naturschutz und Landschaftspflege aus dem Landwirtschaftsministerium zu lösen, da Landwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP) dagegen Protest einlegte (Müller 1986, 56). Auch in den folgenden Jahren schützte die Ressortverteilung zwischen den Koalitionspartnern das Landwirtschaftsministerium vor dem Verlust dieser Kompetenzen. Dafür konnte 1972 durch Verfassungsänderungen die konkurrierende Gesetzgebung auf die Bereiche Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung ausgedehnt werden und das BMI erhielt zusätzlich die Bereiche Reaktorsicherheit und Strahlenschutz vom Wissenschaftsministerium (Forstner u. a. 2014, 19; Jänicke und Weidner 1997, 137; Müller 1986, 56f. 74). Um die Rolle des BMI im regierungsinternen Abstimmungsprozess zu stärken, wurde 1971 vom damaligen Staatssekretär Günter Hartkopf außerdem die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) geschaffen. Die AGU war ein „runder Tisch“ mit Vertreter/inne/n aus Verwaltung, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, die regelmäßig aktuelle Umweltprogrammatiken diskutierte (Müller 1986, 72f; Müller, Interview 12.05.14).

Mit der Übernahme der ehemaligen Abteilung III des Gesundheitsministeriums etablierte sich auch der Begriff Umweltschutz (als Übersetzung des englischen *environmental protection*) im deutschen Sprachgebrauch, weil man im BMI nach einem neuen Namen für die übernommene Abteilung suchte (Forstner u. a. 2014, 15; Müller 1986, 55). Deutlich wird die ungeheure Resonanz, die der Begriff in erstaunlich kurzer Zeit in der Öffentlichkeit erfuhr, an Umfragen, die der SRU in seinem Gutachten von 1978 auswertet: Noch im Herbst 1970 konnte eine Mehrheit der Deutschen mit dem Begriff „Umweltschutz“ kaum etwas anfangen; 59 Prozent der Befragten gaben an, den Begriff bislang weder gehört noch gelesen zu haben. Nur knapp ein Jahr später, im November 1971, hatte sich die Situation vollkommen verändert: Nur noch acht Prozent der Befragten war „Umweltschutz“ unbekannt (Forstner u. a. 2014, 19; Jänicke und Weidner 1997, 137; Müller 2009, 72f, 74).

Ein Grund dafür war sicher das Sofortprogramm der Bundesregierung von 1970, welches zwei Ziele erfüllen sollte: Erstens die öffentliche Meinung zu mobilisieren und Umweltschutz zum Gesprächsthema zu machen und zweitens zu rasch vorzeigbaren Erfolgen zu führen. Deshalb wurden u.a. Gesetze angekündigt, die von der Verwaltung bereits vorbereitet worden waren (z.B. das Immissionsschutzgesetz oder die Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes). Es wurden aber auch neue Vorhaben angestoßen wie z.B. das Benzinbleigesetz, das Naturschutzgesetz und der Ausbau von Kläranlagen. Kurz vor Fertigstellung des Sofortprogramms wurde Peter Menke-Glückert Leiter des neu geschaffenen Referats „Umweltkoordination“. Er gestaltete in der Folgezeit das in Angriff genommene Umweltprogramm zu erheblichen Teilen mit. Das daraufhin im Oktober 1971 verabschiedete Programm enthielt erstmals eine Definition von Umweltpolitik und verankerte drei Prinzipien, die prägend für die deutsche Umweltpolitik geworden sind: Das Vorsorgeprinzip, das Verursacherprinzip und das Kooperationsprinzip (Müller 1986, 61ff; Wey 1982, 201ff). Nachdem im Umweltprogramm realistische Teilziele und ein „Fahrplan gesetzgeberischer Art“ (Vygen, Interview 07.11.13) erarbeitet worden waren, folgte in kurzem Abstand eine große Zahl bedeutender Umweltgesetze (vgl. Tabelle 1; Jänicke und Weidner 1997, 138; Müller 1986, 75; von Weizsäcker 1990, 24). Die Einrichtung eines Rats von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) war ebenfalls Teil des Umweltprogramms der Bundesregierung (Luhmann 1991, 298).

Tabelle 1: Umweltschutzprogramme und -gesetze der 1970er

Jahr	Ereignis
1970	Sofortprogramm
1971	Umweltprogramm, Benzinbleigesetz, Fluglärmgesetz
1972	Abfallbeseitigungsgesetz, DDT-Gesetz
1974	Bundesimmissionsschutzgesetz, TA Luft, Gesetz über Umweltstatistiken
1975	Waschmittelgesetz
1976	Novelle Wasserhaushaltsgesetz, Abwasserabgabengesetz, Naturschutzgesetz

Quelle: eigene Darstellung

5. STAATLICH FINANZIERTER UMWELTPOLITIKFORSCHUNG UND -BERATUNG

5.1 Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)

Mit der Einberufung des SRU wurde 1971 der Grundstein für die Institutionalisierung einer wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung in Deutschland gelegt. Laut Prof. em. Dr. Eckard Rehbinder, einem ehemaligen Mitglied des SRU, sah man im Innenministerium das Bedürfnis eine „regierungsnahe, aber doch unabhängige Beratungsinstanz zu schaffen, die die Bundesregierung (...) mittel- und langfristige beraten sollte“ (Rehbinder, Interview, 05.03.14).

Der Einrichtung des SRU ging eine Gutachterkommission voraus, die sich ab Dezember 1970 zur geeigneten Organisationsform der wissenschaftlichen Beratung in Umweltfragen Gedanken machen sollte. Die Picht-Kommission, benannt nach Georg Picht, damals Leiter der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST 2014), entwarf daraufhin ein differenziertes Beratungssystem, dessen zentrale Einheit, die sogenannte „Umwelt-Kommission“, Forschungen selbst initiieren und die Arbeit bestehender Institutionen koordinieren sollte. Zweites Kernelement ist die „Arbeitsgruppe zur Realistischen Gesamtanalyse des Umweltschutzes“ – ARGUS², ein unabhängiges, interdisziplinäres Forschungsinstitut, welches langfristig angelegte Untersuchungen zu Fragen des Umweltschutzes durchführen sollte (Ell und Luhmann 1998, 130f; Luhmann 1991, 297f; Menke-Glückert 1997, 164f). Die Kommission sprach sich damit gegen neue Behörden und für interdisziplinäre, dezentrale Projektgruppen aus, da der systemische, vernetzte Charakter von Umweltproblemen entsprechend flexible Institutionen erfordere. Innerhalb der Regierung sollte die Arbeit ressortübergreifend koordiniert werden (Ell und Luhmann 1998, 131; Grundmann 1999, 214).

Die Bundesregierung entschied sich jedoch gegen den Vorschlag der Picht-Kommission und richtete stattdessen den SRU ein. Dazu erläuterte Prof. em Dr. Eckard Rehbinder: „ARGUS sollte nicht nur die Umwelt beobachten, sondern es sollte den Politikern auch sagen, was sie zu machen haben. Das stieß aber (...) bei der Politik auf Ablehnung und auch in der Wissenschaft hat sich dieses Projekt als schwer vereinbar mit (...) unseren politischen Gegebenheiten erwiesen“ (Rehbinder, Interview 05.03.14). DirProf. Dr. Christian Hey, heute Generalsekretär des SRU, äußerte sich ähnlich: „Was damals die Kommission entwickelt hat, das war so eine Mischung aus Akademie der Wissenschaften und Umweltbundesamt als Konzept. Das heißt im Prinzip ein Netzwerk aller im Umweltbereich arbeitenden Wissenschaftler, unterstützt durch ein sehr starkes Sekretariat und damit eine organisierte Stimme der Wissenschaft als solches. Das war aber offensichtlich ein zu großes Rad und deshalb hat man sich auf eine kleine Lösung dann verständigt und diese kleine Lösung wurde dann der Sachverständigenrat für Umweltfragen“ (Hey, Interview 05.03.14).

Tabelle 2: Eckdaten Umweltpolitikforschung 1970er

Jahr	Ereignis
1971	Einrichtung SRU
1974	Gründung UBA
1976	Gründung IEUP, Einrichtung IIUG am WZB
1977	Gründung Öko-Institut
1978	Gründung IFEU

Quelle: eigene Darstellung

Der Einrichtungserlass des SRU (zuletzt geändert am 1. März 2005) legt fest, dass der siebenköpfige Sachverständigenrat interdisziplinär zusammengesetzt ist und uneingeschränkte Unabhängigkeit sowohl bei der Themenwahl als auch hinsichtlich seiner Sichtweisen genießt. Darüber hinaus beinhaltet der Einrichtungserlass folgende Aufgabenzuschreibung für den SRU:

- periodische Begutachtung der Umweltsituation und der Umweltbedingungen und Darstellung der Entwicklungstendenzen
- das Hinweisen auf Fehlentwicklungen und Möglichkeiten, diese zu vermeiden oder beseitigen.
- dadurch die Erleichterung der Urteilsbildung aller umweltpolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit (Hey 2009, 162f; Koch 2009, 13).

Das Mandat reicht damit deutlich über eine umfassende Ist-Darstellung des Sachstandes in Umweltberichten hinaus und erwartet vom SRU ein wertendes Expert/inn/enurteil. Dabei will der SRU aber in der Regel „Entscheidungshilfen“ bieten und keine einseitigen oder parteilichen Plädoyers liefern (Hey 2009, 163f). Die erste Ratssitzung des SRU fand im Frühjahr

² Der hunderttägige Argus wurde der Sage nach von Hera zur Bewachung einer Geliebten des Zeus eingesetzt.

1972 auf der Insel Mainau statt, das erste Sondergutachten mit dem Titel „Auto und Umwelt“ wurde 1973 übergeben (Koch 2009, 11f).

Der SRU erhielt bei seiner Einsetzung kaum eigene Forschungsgelder und ist deshalb auf die Auswertung vorhandener Studien sowie Anhörungen, Stellungnahmen etc. von Behörden und Expert/inn/en, z.B. aus Wirtschafts- oder Umweltverbänden angewiesen (Luhmann 1991, 300). Anders als im Konzept der Picht-Kommission angedacht, kann der Sachverständigenrat auch „nicht glaubwürdig beanspruchen, die Stimme der Wissenschaft zu sein, sondern er ist eine Stimme aus der Wissenschaft“, so Zeitzeuge DirProf. Dr. Christian Hey: „Es werden zwar sieben herausragende Vertreter verschiedener fachlicher Disziplinen in den Rat hereingerufen, die führend sind in dem Umweltteil ihres Faches, ob es jetzt Umweltrecht oder Umwelttechnik oder Ökotoxikologie oder Biologie (...), aber die in ihrer Funktion als Experten in den Rat berufen werden, nicht in ihrer Funktion als repräsentative Vertreter ihres Fachs“ (Hey, Interview 05.03.14).

Nach dem SRU wurde 1974 das Umweltbundesamt als „schlagkräftige“ Bundesbehörde gegründet, die selbst politikberatend tätig wird und in hohem Maße politische Beratung für das Bundesministerium akquiriert (Koch 2009, 19).

5.2 Das Umweltbundesamt (UBA)

Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher schlug Bundeskanzler Willy Brandt erstmals im August 1971 die Errichtung eines Bundesamtes für Umweltschutz vor (Forstner u. a. 2014, 20). Auch das Umweltprogramm der Bundesregierung von September 1971 enthielt daraufhin folgende Passage: „Die Bundesregierung erwägt die Errichtung eines Bundesamtes für Umweltschutz als Dachorganisation zur wirksameren Zusammenfassung bestehender Bundesanstalten und Einrichtungen auf dem Gebiet der Umweltforschung und zur Übernahme von nichtministeriellen Aufgaben im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes im Umweltschutz“ (Forstner u. a. 2014, 19; Müller 1986, 69f). Um die Errichtung des neuen Bundesamtes vorzubereiten wurde dann per Organisationserlass am 30. Juli 1973 eine sogenannte Bundesstelle für Umweltangelegenheiten im BMI errichtet, deren Präsident Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner, bis dahin Leiter der Unterabteilung Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft des BMI, wurde. Die Bundesstelle sollte „vorläufig einen Teil der Aufgaben des künftigen Umweltbundesamtes wahrnehmen, die für den Betrieb des Amtes erforderliche Ausstattung und Ausrüstung beschaffen, die Übernahme der bestehenden Einrichtungen vorbereiten und das für das UBA zusätzlich benötigte Personal auswählen und einstellen“ (Forstner u. a. 2014, 30; vgl. auch Nantke, Interview 04.12.13). Obwohl die formelle Errichtung erst im Juli 1974 erfolgte, hatte das UBA damit seine Arbeit faktisch schon ein knappes halbes Jahr früher aufgenommen (Forstner u. a. 2014, 30).

Vor der Gründung stand das UBA in seiner heutigen Form jedoch noch einmal auf der Kippe. Es zeigte sich nämlich, dass fast alle Ressorts den Aufgabenkreis des Umweltbundesamtes soweit wie möglich auf den Geschäftsbereich des BMI begrenzen wollten, um die im Umweltprogramm vorgesehene Bündelungs- und Zentralisierungsfunktion des Amtes soweit wie möglich zu beschränken. Neben Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner war es vor allem Martin Uppenbrink, der Leiter des Grundsatzreferats Umweltplanung und Umweltpolitik, der für den Aufbau des Umweltbundesamtes eine entscheidende Rolle spielte. Ihm gelang es Hans-Dietrich Genscher davon zu überzeugen, eine Zersplitterung des geplanten Bundesamtes in drei unterschiedliche Fachbehörden für Immissionsschutz, Abfallwirtschaft und Umweltschutz zu verhindern (Forstner u. a. 2014, 20f; vgl. auch Müller 2009, 69; Müller, Interview 12.05.14). Obwohl das UBA nicht die anfänglich angedachten Forschungskapazitäten erhielt (Nantke, Interview 04.12.14) und statt 850 Mitarbeiter/inne/n im Jahr 1974 mit 173 Angestellten begann, hält Prof. Dr. Edda Müller die Schaffung dieser „integrativen“ Behörde für eine der „wirksamsten und wichtigsten Weichenstellungen in der Umweltpolitik“ (Müller, Interview 12.05.14; Müller 2009, 73).

Die Aufgaben des Umweltbundesamtes bestanden zu Anfang in der wissenschaftsbasierten Politikberatung, insbesondere des BMI, in Bezug auf Umweltschutzfragen und der Aufklärung der Öffentlichkeit mit umweltrelevanten Informationen

(Böcher und Töller 2012, 112; Forstner u. a. 2014, 33f). Um diese Aufgaben zu erfüllen, vergab das Umweltbundesamt schon in den 1970er Jahren Aufträge an externe Forschungseinrichtungen wie Universitäten oder private Institute im Rahmen des Umweltforschungsplans (Nantke, Interview 04.12.14). Dabei war es Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersners zentrales Anliegen, das UBA zu einer unabhängigen Behörde aufzubauen. Deshalb verteidigte er u.a. vehement Stellungnahmen von UBA-Mitarbeitenden, die zwar nicht mit den politischen Erwartungen in den Ministerien übereinstimmten, die Heinrich von Lersner aber fachlich für richtig hielt (Forstner u. a. 2014, 24). So nahm das UBA in den Anfangsjahren eine umweltpolitische Vorreiterrolle ein, betrieb Agenda-Setting (z.B. zur Asbest-Problematik) und prägte umweltpolitische Maßnahmen in starkem Maße mit (Böcher und Töller 2012, 114; Müller 1986, 70; Nantke, Interview 04.12.14).

Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner hatte gemeinsam mit Peter Menke-Glückert aus dem Innenministerium außerdem die Weitsicht, zivilgesellschaftliche Initiativen im Bereich der Umweltpolitik zu unterstützen (Weizsäcker, Interview 20.03.13). In den 1970er Jahren empfand man laut Zeitzeuge Dr. Hans-Jürgen Nantke die Umweltverbände und aufkommenden Bürgerinitiativen als die natürlichen Verbündeten des Umweltbundesamtes. Deshalb wurde ein Verbändeförderungsprogramm aufgelegt, um den zivilgesellschaftlichen Initiativen die Möglichkeit zu geben, das UBA in seinem Informations- und Aufklärungsauftrag zu unterstützen. Ende der 1970er Jahre tauchten in diesem Feld dann auch die ökologischen Forschungsinstitute auf, an die das Umweltbundesamt dann auch bald erste Aufträge vergab (Nantke, Interview 04.12.14).

Insgesamt wird deutlich, dass das UBA insbesondere in den ersten Jahren mehr ein umweltpolitischer Think Tank denn eine Behörde war (Forstner u. a. 2014, 34). Prof. Dr. Edda Müller geht außerdem so weit zu sagen, dass die Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung eindeutig an dem Umweltforschungsprogramm des UBAs festzumachen sind (Müller, Interview 12.05.14).

5.3 Das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft (IIUG)

Nicht unerwähnt bleiben sollte die Gründung des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG), welches 1976 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) gegründet wurde und dort für zehn Jahre mit ca. 15-20 Mitarbeiter/innen bestand. Das WZB wurde auf Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen als GmbH gegründet. Es wird mit öffentlichen Geldern finanziert, die zu 75 Prozent vom Bund, zu 25 Prozent vom Land Berlin bereitgestellt werden. Damit könnte das Institut auch ohne Drittmittel existieren (Berthoin Antal/Kocka 2009; Simonis, Interview 20.03.13; Weidner, Interview 04.12.13). Diese Grundfinanzierung bot den Wissenschaftler/innen am IIUG einen großen Freiraum, um auch kompliziertere Untersuchungen zu machen, Forschungsprojekte mit ungewissem Ausgang in Angriff zu nehmen oder Projekte zu beginnen, die Vorwissen erforderten, welches die Wissenschaftler/innen sich noch aneignen mussten. Die Gründung des WZB war in Berlin durch Seiten der etablierten Wissenschaft stark umstritten, da die staatlichen Universitäten mit finanziellen Engpässen kämpften, während das Wissenschaftszentrum besonders in der Anfangsphase finanziell gut ausgestattet wurde. Außerdem wurde das Institut als elitär wahrgenommen und damit nicht in der Lage, die Probleme, „die es auf dem Boden gibt“, entsprechend wahrzunehmen. Es dauert jedoch nicht lange und die ehemaligen Kritiker/innen wurden selbst Wissenschaftler/innen des WZB (Weidner, Interview 04.12.13).

Das IIUG hatte zur Aufgabe, „durch internationale empirische sozialwissenschaftliche Forschung einen Beitrag zur Erweiterung des Wissens über dringende Umweltprobleme zu leisten“ (Weidner 1981, Hervorhebung d. Verf.). Ziel der Forschungsarbeiten war es, „Kenntnisse um Voraussetzungen, Alternativen und Auswirkungen umweltpolitischer Ziele, Maßnahmen und Instrumente bereitzustellen“ (ebd.). Dazu hatte das Institut drei Programmschwerpunkte 1) Adressaten der Umweltpolitik: Einstellungen, Verhaltensweisen, Reaktion, 2) Umweltpolitik: Ziele, Instrumente Wirkungen und 3) Umweltpolitik: Technologischer Aspekte und internationale Entwicklung. Ein besonderer Schwerpunkt des Instituts war, wie

der Name schon sagt, seine internationale Ausrichtung mit Kontakten in die USA und nach Japan. Inhaltlich beschäftigte sich das IIUG besonders stark mit Luftverschmutzungsproblemen, also klassischen Schadstoffen wie Stickoxiden und Schwefeldioxid aus den Rauchgasen der Braun- und Steinkohlekraftwerke sowie mit Wasserverschmutzung. Es gab z.B. ein Projekt über die Nitratbelastung von Wasser durch landwirtschaftliche Aktivitäten (Simonis, Interview 20.03.13; Weidner, Interview 04.12.13). Prof. Dr. Dr. Udo Ernst Simonis, in den 1980er Jahren Direktor des Instituts, beschreibt, dass die Beschaffung von Umweltdaten im Institut eine große Rolle spielte, um auf dieser Grundlage dann einzelne sektorale Umweltpolitiken zu untersuchen. Dabei verfolgte das IIUG einen „kombiwissenschaftlichen Ansatz“. Es sollten praxisrelevante Themen untersucht werden, die jedoch auch immer „grundlagenorientiert“ waren, d.h. Themen, für die man „einen langen Atem“ brauchte (Weidner, Interview 04.12.13). Keine Rolle spielte indes die Kernenergie, diese Thematik überließ man anderen, die hier „sozusagen Pioniervorteile“ hatten (ebd.).

6. ANFÄNGE DER NICHT-STAATLICHEN UMWELTPOLITIKFORSCHUNG

6.1 Bedarf an ökologisch-kritischer Forschung wird deutlich

Unter den Vorzeichen der Öl- und Energiepreiskrise 1973/74 und der darauf folgenden Rezession veränderten sich die Vorzeichen für die Umweltpolitik grundlegend. In der FDP gewann der neoliberale Wirtschaftsflügel an Dominanz und die Umweltpolitik geriet in die Defensive (Forstner u. a. 2014, 20). Mit dem Wechsel von Bundeskanzler Willy Brandt zu Helmut Schmidt im Mai 1974 begann das Krisenmanagement. Im Juni 1975 wurde auf einer Tagung auf Schloss Gymnich das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Umweltschutz „neu geklärt“: Im Ergebnis wurden in den kommenden Jahren keine neuen staatlichen Initiativen ergriffen, nach dem Motto „erstmal müssen die Schornsteine rauchen und dann, wenn die Dinge laufen, dann können wir auch was für die Umwelt tun“ (Hauff, Interview 19.09.13). Industrie und Gewerkschaften hatten die Meinung vertreten, Umweltschutz vernichte Arbeitsplätze, sei für einen enormen Investitionsstau verantwortlich und gefährde die Energieversorgung (Müller 1986, 97ff; Müller 2009, 75; Vygen, Interview 07.11.13; Weizsäcker, Interview 20.03.13). Vor diesem Hintergrund setzte die Bundesregierung aus Gründen der Energiesicherheit verstärkt auf die Kernenergie (Hey, Interview 05.03.14): Diese sei billig, könne die deutsche Abhängigkeit von Ölstaaten vermindern und Emissionen vermeiden. Die ungeklärten Fragen, z.B. zur Endlagerung, würden durch den weiteren technischen Fortschritt gelöst, so die gängige Meinung. Diese Einstellung unterschätzte jedoch die Bereitschaft zum Widerstand als Reaktion auf den umweltpolitischen Stillstand erheblich (Roose 2002, 15). Im selben Jahr des Gymnicher Gesprächs fand im Februar die erste große Anti-Atomkraftdemonstration gegen das geplante Atomkraftwerk (AKW) in Wyhl bei Freiburg statt, es folgte eine aufsehenerregende, fast einjährige Platzbesetzung (Höpfner und Schmidt 1998, 35; Müller 1986, 104; Schreurs 2002, 84f).

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre dominierte die Kernenergie dann die ökologischen Diskussionen und überdeckte alle anderen Umweltthemen (Müller, Interview 12.05.14). Dr. Ulrich Höpfner, Mitgründer des nicht-staatlichen IFEU-Instituts, verortet deshalb die Wurzeln der deutschen Umweltbewegung in der Kernenergie Diskussion Mitte der 1970er Jahre (Höpfner, Interview 29.05.13). Auch Prof. Dr. Edda Müller konstatiert für die zweite Hälfte der 1970er den Aufstieg einer Umweltbewegung durch die Gründung einer Vielzahl von Bürgerinitiativen (Müller 1986, 104).

Im Protest gegen die Atomindustrie (und andere Großanlagen) erwiesen sich Genehmigungsverfahren und gerichtliche Auflagen als entscheidend für die Verzögerung von Bauvorhaben. Für diese Verfahren war juristisches und technisches Expert/inn/enwissen unentbehrlich. Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen sahen sich hier mit einer Übermacht von Fachleuten aus der Industrie konfrontiert (Öko-Institut 1991). In der Wahrnehmung der Anti-Atombewegung war außerdem die damalige universitäre Wissenschaft klar auf Seiten der Industrie, während sie selbst keine wissenschaftliche

Unterstützung erhielt (Öko-Institut 1991; Roose 2002, 17f)³. Dr. Ulrich Höpfner schildert seine Erfahrungen aus der Zeit folgendermaßen: „Die staatlichen Institutionen waren sämtlich starke Befürworter der Kernenergie und (...) hatten die Kritik an der Kernenergie, auch die konstruktive Kritik an der Kernenergie (...), die hatten sie nicht verinnerlicht. Das heißt, dieses Feld lag brach. Und diejenigen, die im Rahmen der Kernenergiegremien oder -behörden oder -institutionen ein bisschen kritischer waren, konnten sich und durften sich nicht äußern. Das führte später ja dazu, dass wir teilweise von den Menschen Informationen, teilweise anonym, teilweise wussten wir wer es ist, gesteckt bekamen, die uns praktisch auch halfen auf eine bestimmte, kritische Fährte zu gehen“ (Höpfner, Interview 29.05.13). Ohne wissenschaftlich fundierte Argumente war es also kaum möglich politisch wirksam zu werden (Zahrnt, Interview 05.03.14). Die Suche nach „Gegenexpert/inn/en“ hatte zur Folge, dass auf dem besetzten Bauplatz in Wyhl die Volkshochschule Wyhler Wald entstand (Höpfner und Schmidt 1998, 35; Roose 2002, 17). Hier wurden Wissenschaftler/innen eingeladen, um sich bei Lagerfeuerromantik zu brisanten Umweltthemen vor dem versammelten Publikum allgemeinverständlich zu äußern. Diese Suche nach ökologisch orientiertem, wissenschaftlichen Sachverstand bereitete auch den Boden für die Gründung von zwei der ersten nicht-staatlichen Umweltforschungsinstitute, die auch heute noch existieren: das Freiburger Öko-Institut und das Heidelberger Institut für Energie und Umwelt (IFEU).

6.2 Das Öko-Institut

Seine Gründung im November 1977 bezeichnet das Öko-Institut in einer Selbstdarstellung von 1992 als die Geburtsstunde einer alternativen Wissenschaft, die es mit ihrer Unabhängigkeit ernst meint (Öko-Institut 1991). Dazu wurde das Institut als gemeinnütziger Verein mit breiter Mitgliedschaft gegründet. Michael Sailer, Mitglied der Geschäftsführung des Öko-Instituts, erklärte dazu im Interview: „Also am Anfang war es sehr wichtig, dass wir uns als Mitgliederorganisation aufgestellt haben. Wir hatten ja immer deutlich über 1000 Mitglieder (...) und das war bei dem kleinen Institut, was wir damals waren, ein ganz zentraler Finanzierungspunkt“ (Sailer, Interview 19.09.13). Durch die Organisationsform als Verein ist der zwölfköpfige Vorstand das höchste Entscheidungsgremium des Öko-Instituts, sieben Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich und werden auf den Mitgliederversammlungen gewählt (Roose 2002, 37).

Der Gründungskreis des Öko-Instituts bestand laut Michael Sailer aus drei Strömungen: Dies waren erstens Bürger/innen (im damaligen bürgerlichen Sinne) aus der Freiburg-Wyhler-Region, zweitens Politiker/innen aus der SPD wie z.B. Erhard Eppler und drittens verschiedene Pfarrer in den evangelischen Landeskirchen (Sailer, Interview 19.09.13). Eine Gründungsidee für das Öko-Institut war, wie schon erläutert, die Einsicht „wir brauchen (...) ein wissenschaftliches Forschungsinstitut, das für die Öffentlichkeit, was damals oft mit Bürgerinitiativen gleichgesetzt worden ist, zur Verfügung steht“ (Sailer, Interview 19.09.13). In der Erklärung zur Gründung des Öko-Instituts heißt es dazu: „Mit dem Institut wollen wir Bürgern helfen, wissenschaftliche Unterstützung für ihre Verfahren zu gewinnen, indem wir Gutachten liefern und Sachverständige vermitteln. (...) Wir dürfen diese Forschung nicht länger nur Staat und Industrie überlassen“ (Roose 2002, 17). Eine weitere Idee war, Wissenschaftler/inne/n eine Zuflucht zu bieten, die in traditionellen Forschungszentren Publikationsverbot bekamen, wenn es um Umweltschutz oder Nachhaltigkeit ging. Praktisch gelang es den Betroffenen dann aber doch, sich im traditionellen Gebiet soweit zu etablieren, dass sie überleben konnten bzw. an entsprechende Lehrstühle kamen. U.a. deshalb wurde das Öko-Institut dann anfangs geprägt von engagierten, jungen Wissenschaftler/inne/n, die im Vergleich zur traditionellen wissenschaftlichen Laufbahn am Öko-Institut gemeinsam „in der etwas anderen Art“ zusammen arbeiten wollten (Sailer, Interview 19.09.13; vgl. auch Roose 2002, 104). Diese Art der Zusammenarbeit beinhaltet, dass

³ Vielfach beschäftigte sich die etablierte Wissenschaft auch einfach gar nicht mit Umweltfragen (vgl. Kreibich, Interview 07.11.13) bzw. sie stellte „konventionellere Fragestellungen“, wie warum funktioniert eine Regelung nicht oder welches gesetzliche Instrumentarium ist das Beste. Öko-Institut und IFEU berücksichtigten stärker soziale, eindeutig politische und prospektive Fragestellungen, z.B. wie kann eine Regelung durchgesetzt werden, wie wird sie akzeptiert und hat das überhaupt eine ökologisch nachhaltige Wirkung? (Weidner, Interview 04.12.13).

Statusunterschiede und Hierarchien weitgehend vermieden werden, Mitarbeiter/innen die Geschicke des Instituts und seine strategische Ausrichtung mitbestimmen können und neue formale (Entscheidungs-)Strukturen immer wieder kritisch hinterfragt werden (Roose 2002, 27f).

Eine Auswirkung fehlender hierarchischer Strukturen und selbstbestimmter Arbeit war die Bildung von „Außenstellen“ des Instituts, die über Arbeitsgruppen an der Arbeit des Instituts beteiligt waren. Schon 1979 wurde in einer Privatwohnung ein „Büro“ in Darmstadt gegründet; schon vorher hatte es Kontakte zwischen dem Öko-Institut und der Arbeitsgruppe Technische Umweltschutz an der TU Darmstadt gegeben. Als eine umfangreiche Studie zu Risiken von Leichtwasserreaktoren eingeworben wurde, institutionalisierte sich die Arbeitsgruppe als Teil des Öko-Instituts; der Standort Darmstadt besteht bis heute (Roose 2002, 29).

Inhaltlich spielte neben dem Thema Kernenergie seit Beginn auch die Gefährdung durch chemische Stoffe eine große Rolle für die Arbeiten des Öko-Instituts (Sailer, Interview 19.09.13). Die wichtigsten Betätigungsfelder des Instituts waren das Erarbeiten von Konzepten, das Erstellen von Gutachten und die Vermittlung von Sachverständigen. Mitarbeiter/innen verstanden sich als „Anwalt der Umwelt“ (Öko-Institut 1991). Tatsächlich gab es in der Anfangsphase viele Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen beim Öko-Institut, die Bürgerinitiativen bei ihren Klagen unterstützten (Weizsäcker, Interview 20.03.13; Roose 2002, 18). Finanziert auf der Basis von Mitgliedsbeiträgen und Spenden entstand das Prinzip der Gegenstudie bzw. des Gegengutachtens, bei dem die Wissenschaftler/innen Gutachten der Industrie und des Staates kritisch beleuchteten, Schwachstellen und Fehler herausarbeiteten und die Thematiken neu bewerteten (Roose 2002, 18, 46f). Prof. em. Dr. Eckard Rehbinder bezeichnet das Verfassen von Gegengutachten bei Genehmigungsverfahren, bei Gesetzgebungsprojekten usw. als die Quintessenz der Arbeit des Öko-Instituts für die ersten Jahre (Rehbinder, Interview 05.03.14).

Trotz Mitgliedsbeiträgen hatte das Institut in den Anfangsjahren kaum finanzielle Kapazitäten, um Wissenschaftler/innen fest anzustellen. So gab es 1977 und 1978 nur zwei bzw. drei festangestellte Mitarbeiter/innen. Zusätzlich gab es eine große Zahl an kurzfristigen Aushilfen und Praktikant/inn/en, außerdem wurde in Form von Werkverträgen Arbeit an Externe vergeben. Der größte Teil der Arbeit in den ersten Jahren wurde sogar ehrenamtlich geleistet. So berichtet Prof. Dr. Dr. Günter Altner, einer der Gründer/innen des Instituts, „Wir haben über die bestehenden Strukturen hinaus mit starker Selbstausschöpfung gearbeitet. Viele Mitarbeiter bekamen eine halbe Stelle bezahlt und arbeiteten für eine ganze“ (Roose 2002, 33f).

6.3 Institut für Energie und Umwelt (IFEU)

Das IFEU gründete sich in Heidelberg aus der studentischen Initiative „Tutorium Umweltschutz an der Universität Heidelberg“ des Biologiestudenten Dieter Teufel (Höpfner, Interview 29.05.13). Dieser hatte sich schon in den frühen 1970er Jahren für Umweltschutzprojekte an seiner Fakultät stark gemacht, unterstützt durch die Botanik-Professoren Prof. Dr. Kurt Egger und Prof. Dr. Wolfgang Hagemann. Die Professoren hatten schon 1971 die „Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg“ gegründet, der jedoch nach Auseinandersetzungen mit der Landesregierung und der Universitätsleitung recht bald „im Rahmen allgemeiner Sparmaßnahmen“ die Mittel gestrichen wurden. Schnell ergab sich für Dieter Teufel und seine Mitstreiter/innen dann eine neue Möglichkeit zur Finanzierung ihres Engagements: Mit Unterstützung der VW-Stiftung konnten an der biologischen Fakultät freie Tutorien eingerichtet werden, die den Studierenden „Entfaltungsmöglichkeiten und Eigeninitiative bieten und der freiwilligen Weiterbildung dienen sollten“ (Höpfner und Schmidt 1998, 36). 1974 gründete Dieter Teufel daraufhin das Tutorium Umweltschutz, einen studentischen Arbeitskreis, in dem mit wenigen Unterbrechungen bis Ende der 1980er Jahre Studierende und Doktorand/inn/en Themen wie z.B. alternative Energiequellen, Reaktorsicherheit, Radioökologie, Luftverschmutzung, Rückstände von Pestiziden in Nahrungsmitteln, alternative Formen der Landwirtschaft und der Verkehrsplanung diskutierten. Das Kernenergiethema

wurde in den Diskussionen der Studierenden bald dominant und so gründete sich 1975 eine Arbeitsgruppe Radioökologie. Das Tutorium arbeitete dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zu, indem es u.a. kritische Argumentationshilfen verfasste. Besondere Bedeutung bekam das erste radioökologische Gutachten des Tutoriums, das 1978 für den Gerichtsprozess um das Kernkraftwerk in Wyhl erstellt wurde. Dieses bekam so viel Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Medien, dass sich das konservative Rektorat der Universität Heidelberg beständig von diesem sogenannten „Heidelberg Report“ distanzieren musste und schließlich die Autor/innen auf Unterlassung verklagte (Höpfner, Interview 29.05.13; Höpfner und Schmidt 1998, 36f).

Durch den steigenden Druck der Universität Heidelberg fühlten sich sieben junge Wissenschaftler/innen im Herbst des Jahres 1977 gezwungen intern das IFEU-Institut zu gründen, um in Zukunft unabhängig und repressionsfrei arbeiten zu können. Als gemeinnütziger Verein, in dem die Mitarbeiter/innen selbst Mitglieder des Vereins sind, wurde das IFEU dann schließlich im April 1978 ins Register eingetragen (Höpfner und Schmidt 1998, 37; IFEU-Institut 1999). Dabei stütze sich das Institut auf die Satzung des Öko-Instituts, die dem IFEU als Basis für die eigene Satzung diene. Um sich gegenseitig keine Konkurrenz zu machen entschieden die Heidelberger/innen sich gegen einen Verein mit großer Mitgliederbasis. Verzögert hatte sich der Prozess zur offiziellen IFEU-Gründung durch Namensstreitigkeiten mit der Universität (Höpfner, Interview 29.05.13).

Wie im Öko-Institut war die Anfangszeit im IFEU geprägt davon, dass die Wissenschaftler/innen fast kein Gehalt für ihre Arbeit erhielten und Erlöse in den Aufbau der Institutsstrukturen flossen. Das Überleben konnte gesichert werden, da das Institut schon Ende der 1970er Jahre staatliche Forschungsaufträge (z.B. durch die Landesregierung Hessens) erhielt. Diese „Alibigutachten“ (Höpfner, Interview 29.05.13) waren jedoch wahltaktisch motiviert und entsprangen keiner breiten politischen Akzeptanz des IFEUs. Thematisch beschäftigte sich das Institut mit zahlreichen Forschungsprojekten im Bereich Radioökologie und Reaktorschutz, aber z.B. auch mit den Auswirkungen des Insektizids Lindan, Thalliumemissionen der Zementindustrie oder der Entwicklung und Verbreitung von Wärmepumpen (Höpfner und Schmidt 1998, 39; IFEU-Institut 1999).

6.4 Diskriminierung nicht-staatlicher Institute

Das Verständnis von Öko-Institut und IFEU, dass das Wissenschaftliche politisch sei und die Wissenschaft nicht frei von Interessen, stellte das bisherige wissenschaftliche Eigenverständnis einer wertfreien Wissenschaft grundsätzlich in Frage (Roose 2002, 17f). Damit war die Gründung der beiden Institute „ein ganz klares Kratzen am Monopol der etablierten Wissenschaft“ (Sailer, Interview 19.09.13). Die beiden Institute betrieben absichtlich „parteiische Wissenschaft“ (Rehbinder, Interview 05.03.14). Zeitzeuge Prof. em. Dr. Eckard Rehbinder erläuterte dazu: „Das heißt, man war der Meinung, die Wissenschaft muss instrumental eingesetzt werden, um Probleme zu lösen. Das war der Ursprung. Und [das] schmeckte eigentlich niemandem. Es schmeckte der Politik nicht (...) Und die Wissenschaft hat das Öko-Institut auch nicht gemocht, weil natürlich der generelle Anspruch der Wissenschaft, objektiv zu sein, im Öko-Institut und dessen Forschungsansatz ein Gegenmodell gefunden hat, was die herrschende Meinung in der Wissenschaft nicht akzeptieren wollte (Rehbinder, Interview 05.03.14).

Die nicht-staatlichen Institute wurden deshalb von der etablierten Wissenschaft, aber auch der Politik, nicht für voll genommen und in den Anfangsjahren (bis weit in die 1980er Jahre) abgewertet, benachteiligt und übergangen. Laut Prof. Martin Jänicke benutzten etablierte Wissenschaftler/innen die Bezeichnungen „seriös“ und „umstritten“, um ihre Arbeit von alternativen, ökologisch-kritischen Meinungen abzugrenzen und so die Kritik der „Abweichler/innen“ zu diskreditieren. Auch gab es klare „Nicht-Zitier-Regeln“, das heißt von der etablierten Wissenschaft wurden die Arbeiten der nicht-staatlichen Institute und anderer kritischer Wissenschaftler/innen nicht zitiert (Jänicke, Interview 29.5.2013). Prof. em. Dr. Eckard Rehbinder erinnert sich, dass ihm aus Bonn bedeutet wurde, er solle nicht in das Kuratorium des Öko-Instituts eintreten, sonst

könne er im ganzen Bereich der Umweltpolitik nichts mehr werden (Rehbinder, Interview 05.03.14). Eindrücklich beschreibt auch Dr. Ulrich Höpfner das Außenseiterdasein des IFEU in der Wissenschaft: „Wir wurden ja auch persönlich verunglimpft, wir wurden nicht eingeladen, wir bekamen keine Aufträge, wir wurden ausgeladen und ähnliche Dinge mehr“ (Höpfner, Interview 29.05.13).

Die Schmähungen seitens der Politik und der universitären Wissenschaft führten auf der anderen Seite zu sehr engen Verbindungen zwischen nicht-staatlichen Instituten und Umweltverbänden, wie z.B. dem BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland). Prof. Dr. Angelika Zahrnt, heute Ehrenvorsitzende des BUND, berichtete dazu im Interview, dass es Wissen brauche, um die Bevölkerung aufzuklären und politische Maßnahmen zu erreichen. Ein Wissenslieferant seinen in den 1970er Jahren die Umweltforschungsinstitute gewesen, deren Fragestellungen in der Anfangszeit häufig aus der Praxis gekommen seien. Gleichzeitig seien die Wissenschaftler/innen selbst in der Umweltbewegung aktiv gewesen, u.a. auch in den wissenschaftlichen Arbeitskreisen des BUND. Heute würden die Fragestellungen der Umweltverbände nicht mehr so selbstverständlich aufgenommen, aus dem „selbst organisierten, losen Haufen“ seien professionalisierte Institute geworden. Damit könne man sich den Idealismus der Anfangsphase „Ich mach Euch mal ein Gutachten. Das kriegen wir schon irgendwie hin“ nicht mehr leisten. Gleichzeitig bedürften die Institute nicht mehr der Öffentlichkeit, die sie oft nur bekamen, wenn ein Projekt zusammen mit einem großen Umweltverband vorgestellt wurde. So hätten von der Kooperation beide Seiten profitiert (Zahrnt, Interview 05.03.14).

Vor diesem Hintergrund zieht Dr. Ulrich Höpfner deshalb eine gemischte Bilanz zum Außenseiterdasein der nicht-staatlichen Institute in den ersten Jahren: „auf der einen Seite [gab es] große[n] Widerstand in der etablierten Wissenschaft, auf der anderen Seite großes Getragen werden von der neuen ökologischen Bewegung“ (Höpfner, Interview 29.05.13).

7. FAZIT

Die moderne Umweltpolitik in Deutschland ist nach Aussagen unserer Zeitzeug/inn/en tatsächlich in der Ministerialverwaltung des Innenministeriums entwickelt worden, wäre aber ohne den breiten öffentlichen Konsens und die Zustimmung in der Bevölkerung so nicht möglich gewesen. Eine entscheidende Rolle kam der Zivilgesellschaft und der nicht-staatlichen, wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung dann erst in der zweiten, defensiven Phase der Umweltpolitik ab Mitte der 1970er Jahre zu. Mit wissenschaftlich-fundierten, kritischen Gutachten wurde die Politik unter Druck gesetzt, das umweltpolitische Engagement nicht vollends einzustellen und öffentliche Großbauprojekte wie z.B. das AKW Wyhl zurückzuziehen. Entscheidender Faktor für die Entstehung der ersten nicht-staatlichen umweltpolitischen Forschungsinstitute war damit die Anti-AKW-Bewegung und der Bedarf an wissenschaftlich untermauerten Argumenten für die politischen Auseinandersetzungen. Die vielen offenen Fragen in diesem Zusammenhang, die von der „etablierten“ Wissenschaft nicht beantwortet wurden, machten aus der Sicht der Initiator/inne/n die Gründung ihrer Institute nötig.

Erst am Ende der 1970er Jahre verbesserten sich die Aussichten für die Umweltpolitik wieder: 1978 gründeten sich erste grüne Parteien und schon 1979 gelang der Einzug in das erste Landesparlament, die Bremische Bürgerschaft (Bündnis 90/Die Grünen 2009). Dies führte auch in den „etablierten“ Parteien zu einer regen Programmtätigkeit, um mit umweltpolitischen Konzepten die neue Parteikonkurrenz noch im Keim zu ersticken (Müller 1986, 114ff; Müller 2009, 76). Dieses Vorhaben scheiterte jedoch und so entwuchs die Umweltpolitik in den 1980er Jahren den Kinderschuhen (Knoblauch und Hofmann 2014). Zeitgleich kam es zu einer Professionalisierung bestehender Beratungsinstitutionen und der Neugründung weiterer umweltpolitischer Forschungseinrichtungen.

Literatur und Quellen

- Berthoin Antal, Ariane und Jürgen Kocka. 2009. Geschichte des WZB. Immer einen Schritt voraus. *Der Tagesspiegel Online*, 3. August.
<http://www.tagesspiegel.de/wissen/geschichte-des-wzb-immer-einen-schritt-voraus/1468448.html> (Zugegriffen: 3. Juli 2014).
- Böcher, Michael und Annette Elisabeth Töller. 2012. *Umweltpolitik in Deutschland - Eine politikfeldanalytische Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
<http://www.springer.com/springer+vs/politikwissenschaft/book/978-3-531-19464-6> (Zugegriffen: 1. Juli 2014).
- Bündnis 90/Die Grünen. 2009. 1977 - 1979.
<http://www.gruene.de/partei/1977-1979.html> (Zugegriffen: 4. Juli 2014).
- Duwe, Matthias und Linda Mederake. 2014. *Einfluss globaler Themen auf die deutsche Umweltpolitikforschung*. Papier entstanden im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung. Berlin: Ecologic Institut.
- Ell, Renate und Hans-Jochen Luhmann. 1998. Die Organisation der Früherkennung von Umweltproblemen im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung der Umweltpolitik. Teil I: Einführung und Konzepte (1). *Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung* 10, Nr. 2: 128–132. doi:10.1007/BF03037740, (Zugegriffen: 2. Juli 2014).
- FEST. 2014. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Institut für interdisziplinäre Forschung e.V. <http://www.fest-heidelberg.de/index.php/ueber-uns/historie> (Zugegriffen: 2. Juli 2014).
- Forstner, Thomas, Stefanie Knebelspieß, Romy Schindler und Matthias Georgi. 2014. *40 Jahre Umweltbundesamt*. Berlin: Umweltbundesamt.
<http://www.umweltbundesamt.de/en/publikationen/40-jahre-umweltbundesamt> (Zugegriffen: 2. Juli 2014).
- Grundmann, Reiner. 1999. *Transnationale Umweltpolitik zum Schutz der Ozonschicht: USA und Deutschland im Vergleich*. Frankfurt u.a.: Campus-Verlag.
- Hey, Christian. 2009. 35 Jahre Gutachten des SRU - Rückschau und Ausblick. In: *Zwischen Wissenschaft und Politik: 35 Jahre Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen*, hg. von Hans-Joachim Koch und Christian Hey, 161–279. Berlin: Erich Schmidt.
- Höpfner, Ulrich und Mario Schmidt, Hrsg. 1998. *20 Jahre ifeu-Institut: Engagement für die Umwelt zwischen Wissenschaft und Politik*. 1998. Aufl. Braunschweig/Wiesbaden: Friedrich Vieweg & Sohn.
- IFEU-Institut. 1999. ifeu-Institut (Selbstdarstellung). In: *Jahrbuch Ökologie* 2000, 292. München: C.H. Beck.
- Jänicke, Martin und Helmut Weidner. 1997. Germany. In: *National Environmental Policies. A Comparative Study of Capacity-Building*, hg. von Helmut Weidner und Martin Jänicke, 133–155. Berlin [u.a.]: Springer.
http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-642-60507-9_15 (Zugegriffen: 13. Mai 2014).
- Knoblauch, Doris und Elena Hofmann. 2014. *Die Umweltpolitik wird erwachsen: Die 1980er Jahre*. Papier entstanden im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung. Berlin: Ecologic Institut.
- Koch, Hans-Joachim. 2009. Der SRU – 35 Jahre zwischen Wissenschaft und Politik. In: *Zwischen Wissenschaft und Politik: 35 Jahre Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen*, hg. von Hans-Joachim Koch und Christian Hey, 11–23. Berlin: Erich Schmidt.
- Larson, Mary A. 2006. Research Design and Strategies. In: *Handbook of oral history*, hg. von Thomas L. Charlton, Lois E. Myers, und Rebecca Sharpless, 105–134. Lanham, MD.
- Luhmann, Hans-Jochen. 1991. Warum hat nicht der Sachverständigenrat für Umweltfragen, sondern der SPIEGEL das Waldsterben entdeckt? In: *Jahrbuch Ökologie* 1992, 292–307. München: C.H. Beck.
- Malunat, Bernd M. 1994. Die Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49. Aus Politik und Zeitgeschichte: 3–12.
- Menke-Glückert, Peter. 1997. Der Umweltpolitiker Genscher. In: *In der Verantwortung: Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten*, hg. von Klaus Kinkel, 155–168. Bonn: Siedler Verlag.
- Müller, Edda. 1986. *Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik. (Ohn)Macht durch Organisation*. Opladen: Leske + Budrich.
- . 2009. Innenwelt der Umweltpolitik - Zu Geburt und Aufstieg eines Politikbereichs. In: *Umweltgeschichte und Umweltzukunft: Zur gesellschaftlichen Relevanz einer jungen Disziplin*, hg. von Patrick Masius, Ole Sparenberg, und Jana Sprenger, 69–86. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Öko-Institut. 1991. Das Öko-Institut e.V. Selbstdarstellung. In: *Jahrbuch Ökologie* 1992, 377–378. München: C.H. Beck.
- Ritchie, Donald A. 2003. *Doing Oral History: a practical guide*. Oxford.
- Roose, Jochen. 2002. *Made by Öko-Institut: Wissenschaft in einer bewegten Umwelt*. Freiburg: Öko-Institut e.V.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen. 1978. *Umweltgutachten 1978. Bundestags-Drucksache 8/1938*. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/08/019/0801938.pdf> (Zugegriffen: 23. Juli 2014).
- Schreurs, Miranda A. 2002. *Environmental Politics in Japan, Germany, and the United States*. Cambridge University Press.
- Shopes, Linda. 2002. What is Oral History? In: *Making Sense of Evidence series on History Matters: The U.S. Survey on the Web*, 1–23.
<http://historymatters.gmu.edu/mse/oral/oral.pdf>.
- Weidner, Helmut. 1981. *Japans Umweltgesetzgebung im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung umweltpolitisch interessanter Regelungssysteme*. Berlin: IiUG preprints.
<http://www.econstor.eu/handle/10419/82976> (Zugegriffen: 20. Mai 2014).
- Von Weizsäcker, Ernst Ulrich. 1990. *Erdpolitik: Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. 2. aktualisierte Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wey, Klaus-Georg. 1982. *Umweltpolitik in Deutschland: Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Zitierte Zeitzeug/inn/en

- Hey, Christian (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05.März 2014.
- Höpfner, Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29.Mai 2013.
- Jänicke, Martin (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29.Mai 2013.
- Kreibich, Rolf (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 07.November 2013.
- Müller, Edda (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 12. Mai 2014.
- Rehbinder, Eckard (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05.März 2014.
- Sailer, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19.September 2013.
- Schulz-Baldes, Meinhard (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 12. Mai 2014.
- Vygen, Hendrik (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 07. November 2013.
- Weidner, Helmut (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.
- Zahrnt, Angelika (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05. März 2014.

Das Ecologic Institut bedankt sich bei allen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bei diesem Projekt mitgewirkt haben.